

12.07.2018

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1110 vom 5. Juni 2018  
der Abgeordneten Sonja Bongers und Stefan Zimkeit SPD  
Drucksache 17/2785

### **Sicherheitslage: Lässt die Landesregierung die Ruhrgebietsstädte allein?**

#### ***Vorbemerkung der Kleinen Anfrage***

Die CDU hat in der letzten Legislaturperiode geplant Polizisten aus den Großstädten in ländliche Gebiete zu verlegen, um dort die Ordnungskräfte zu stärken.

Anlässlich der Massenschlägerei auf der Marktstraße in Oberhausen stellt sich die Frage, ob die CDU und damit die Landesregierung zu Gunsten der ländlichen Landesteile von NRW, diese Verlagerung von Polizeikräften weiter verfolgt und damit die Sicherheitsarchitektur insbesondere in den Ruhrgebietsstädten schwächen will.

**Der Minister des Innern** hat die Kleine Anfrage 1110 mit Schreiben vom 3. Juli 2018 namens der Landesregierung beantwortet.

#### **1. *Welche Bedeutung hat aus Sicht der Landesregierung die Sicherheitsarchitektur der Ruhrgebietsstädte?***

Die Sicherheitsarchitektur in Nordrhein-Westfalen und in den Ruhrgebietsstädten ist neben anderen ein Faktor, welcher Einfluss auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung im urbanen Raum des Ruhrgebietes nimmt. Der behördenübergreifende Austausch, die Abstimmung und das konsequente Weiterentwickeln der Netzwerkarbeit durch Ordnungspartnerschaften mit anderen Behörden und Organisationen trägt diesem Umstand entsprechend Rechnung. Derzeitig gibt es allein in den Ruhrgebietsstädten über 180 von landesweit über 880 Ordnungspartnerschaften zwischen der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalens und anderen Partnern.

Datum des Originals: 03.07.2018/Ausgegeben: 17.07.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Ziel dieser Ordnungspartnerschaften ist es, gemeinsam mit den Partnern, im Rahmen von auf die örtlichen Gegebenheiten abgestimmten Konzepten, sowohl präventiv zu agieren, als auch im Bereich von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten konsequent einzuschreiten, repressiv tätig zu werden und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung nicht nur in den Ruhrgebietsstädten, sondern landesweit zu stärken.

- 2. Will die Landesregierung Polizisten aus den Großstädten in die ländlichen Gebiete verlegen?**
- 3. Wird bei den zukünftig ausgebildeten Polizisten der Verteilungs-schlüssel zu Ungunsten der Großstädte verändert?**

Die Fragen 2 und 3 werden zusammenfassend wie folgt beantwortet:

Das Ministerium des Innern strebt an, die Bedürfnisse aller 47 Kreispolizeibehörden (KPB) zu berücksichtigen und eine angemessene Kräfteverteilung auf alle KPB zu gewährleisten.

Um auch zukünftig den zu erwartenden Anforderungen gerecht zu werden, wird daher die Notwendigkeit gesehen, die Anzahl der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten (PVB) im Land NRW zu erhöhen. Aus diesem Grund hat die Landesregierung beschlossen, die Einstellungszahlen für Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter auf 2.300 zu erhöhen und dieses Niveau bis zum Jahr 2022 aufrecht zu halten. Hierdurch wird sich voraussichtlich die Anzahl der PVB sukzessive in den nächsten Jahren bis 2024 von derzeit rund 40.000 auf über 41.000 erhöhen. Die Zahl der jungen Kommissarinnen und Kommissare kann natürlich nicht ad hoc erhöht werden, da sie erst nach Abschluss ihrer Ausbildung in drei Jahren zur Verfügung stehen.

Es gilt daher den Zeitraum bis dahin nicht nur durch Zwischenlösungen zu überbrücken, sondern kurzfristig einen tatsächlichen Mehrwert für alle KPB zu erzielen. Daher werden den KPB zur Entlastung der bereits vorhandenen PVB bis zum Jahr 2022 jährlich 500, insgesamt also 2.500 Stellen für Regierungsbeschäftigte bereitgestellt. Die ersten 500 dieser Stellen sind den KPB bereits zugewiesen, die Stellenbesetzungen laufen. Durch die damit einhergehende Entlastung von Verwaltungsaufgaben können sich die PVB verstärkt auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen wird also insgesamt, ob im Ballungs- oder im ländlichen Raum, eine deutliche personelle Stärkung erfahren.

- 4. Welche Maßnahmen werden von Seiten der Landesregierung ergriffen, damit solche Vorfälle wie beispielsweise auf der Marktstraße in Oberhausen zukünftig nicht mehr vorkommen?**

Der Vorfall auf der Marktstraße ist auf innerfamiliäre Streitigkeiten eines syrisch-stämmigen Ehepaares zurückzuführen, welcher zu einer hohen Mobilisierung der jeweils beteiligten Familien führte.

Bei den tatbeteiligten Personen bestehen keine einschlägigen Vorstrafen. Kriminalpolizeiliche Erkenntnisse, insbesondere im Hinblick auf Clankriminalität/Gewaltdelikte, liegen nach umfangreichen Ermittlungen der Fachdienststellen nicht vor.

Die Einsatzwahrnehmung im vorliegenden Fall ist nicht zu beanstanden. Ein Personal- oder Kräftedefizit hat nicht bestanden. Der vorliegende Sachverhalt ist nicht geeignet, einen Bezug zur Personalsituation oder -verteilung herzustellen. Einsätze dieser Art lassen sich nicht im

Rahmen eines landesweiten Personalverteilungskonzeptes verhindern, sondern erfordern spezifisch zu planende Maßnahmen vor Ort.

**5. Wie beurteilt die Landesregierung die Sicherheitslage in Oberhausen?**

Der Begriff der „Sicherheitslage“ lässt sich messbar unter anderem anhand angezeigter Straftaten sowie Einsatz- und Verkehrsunfallzahlen darstellen.

Nachfolgend sind die Anzahl der Straftaten insgesamt, des Wohnungseinbruchdiebstahl, der Einbruchkriminalität, der Gewaltkriminalität und der Straßenkriminalität im Bereich des Polizeipräsidiums (PP) Oberhausen seit dem Jahr 2015 dargestellt.

Die Anzahl der Straftaten insgesamt ist um 5,45 Prozent und die des Wohnungseinbruchdiebstahls sogar um 35,03 Prozent zurückgegangen.

Ebenso gingen die Fallzahlen bei der Gewaltkriminalität (-2,45 Prozent) und der Straßenkriminalität (-1,14 Prozent) zurück.

Im bundesweiten Vergleich der Städte mit mehr als 200.000 Einwohnern hat Oberhausen mit 16.470 Fällen die geringste Anzahl von Straftaten insgesamt.

Ebenfalls aufgeführt sind die Anzahl der Einsätze im Bereich des PP Oberhausen. Diese sind in dem Betrachtungszeitraum um etwa 6 Prozent von 60.815 auf 57.071 zurückgegangen.

Bei den Verkehrsunfallzahlen ist gemessen am Durchschnittswert der Verunglücktenhäufigkeitszahl (VHZ = Verunglückte je. 100.000 Einwohner) in den Jahren 2015 bis 2017 die Gefahr im PP Oberhausen bei einem Verkehrsunfall zu verunglücken im Vergleich zu strukturell ähnlichen Polizeibehörden sowie zur Gesamt-VHZ des Landes Nordrhein-Westfalen eher unterproportional einzustufen.

Betrachtet man die Unfalllage des PP Oberhausen in Relation zur Landesentwicklung, sind keine besonderen Auffälligkeiten erkennbar. Die Anzahl der Verkehrsunfälle stieg sowohl landesweit, als auch im PP Oberhausen in den letzten drei Jahren kontinuierlich an.

Anzahl und Entwicklung der Straftaten PP Oberhausen

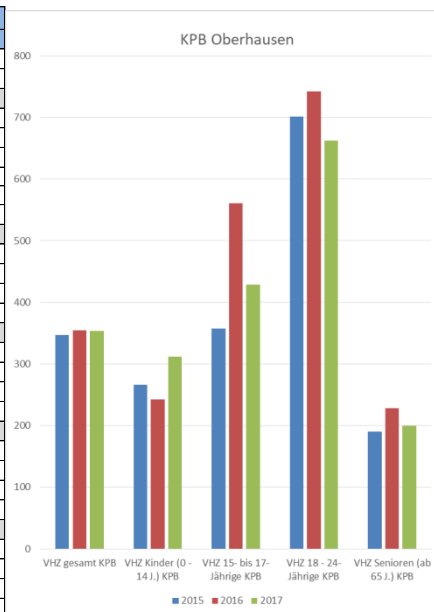
Straftat	Bekanntgewordene Fälle		
	2015	2016	2017
Straftaten insgesamt	18.936	17.419	16.470
Wohnungseinbruchdiebstahl § 244 Abs. 1 Nr. 3 StGB	785	745	484
Einbruchkriminalität	1.401	1.461	956
Gewaltkriminalität	589	572	558
Straßenkriminalität	4 174	3 872	3 828

Anzahl und Entwicklung der Einsätze PP Oberhausen

Jahr	2015	2016	2017
EZ Gesamt	60.815	59.473	57.071

Anzahl und Entwicklung der Verkehrsunfälle PP Oberhausen

Unfallentwicklung			
KPB Oberhausen	2015	2016	2017
Anzahl Verkehrsunfälle gesamt	7.587	7.744	8.210
Anzahl Verkehrsunfälle mit Personenschaden	591	611	597
<b>Einwohner gesamt</b>	<b>210.934</b>	<b>211.382</b>	<b>211.382</b>
Verunglückte gesamt	731	749	747
Verletzte gesamt	730	748	747
Getötete gesamt	1	1	0
Schwerverletzte gesamt	71	84	75
Leichtverletzte gesamt	659	664	672
VHZ gesamt KPB	347	354	353
<b>Einwohner Kinder (0 - 14 J.)</b>	<b>26.664</b>	<b>27.265</b>	<b>27.265</b>
verunglückte Kinder	71	66	85
verletzte Kinder	71	66	85
getötete Kinder	0	0	0
VHZ Kinder (0 - 14 J.) KPB	266	242	312
<b>Einwohner 15- bis 17-Jährige</b>	<b>6.153</b>	<b>6.060</b>	<b>6.060</b>
verungl. 15- bis 17-Jährige	22	34	26
verletzte 15- bis 17-Jährige	22	34	26
getötete 15- bis 17-Jährige	0	0	0
VHZ 15- bis 17-Jährige KPB	358	561	429
<b>Einwohner 18 - 24-Jährige</b>	<b>16.825</b>	<b>16.307</b>	<b>16.307</b>
verunglückte 18 - 24-Jährige	118	121	108
verletzte 18 - 24-Jährige	118	121	108
getötete 18 - 24-Jährige	0	0	0
VHZ 18 - 24-Jährige KPB	701	742	662
<b>Einwohner Senioren (ab 65 J.)</b>	<b>45.195</b>	<b>45.504</b>	<b>45.504</b>
verunglückte Senioren	86	104	91
verletzte Senioren	85	104	91
getötete Senioren	1	0	0
VHZ Senioren (ab 65 J.) KPB	190	229	200



Im Ergebnis weist die Sicherheitslage im PP Oberhausen keine Problemstellungen auf, denen das PP unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht angemessen begegnen kann.